

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 3 2023

1. Regional
2. Guatemala
3. Honduras
4. El Salvador
5. Nicaragua

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Veranstaltung in Berlin: Mitgliedsorganisationen des RT-ZA laden zur Abendveranstaltung "[Andere Formen des Kampfes sind möglich: Zentralamerika aus dem Exil](#)" am 28. April um 19 Uhr ein. Mit Yerling Aguilera (Nicaragua) und Lucía Ixchiu (Guatemala) wollen wir die Enttäuschung angesichts des Scheiterns des Aufstands gegen ein Regime wie dem in Nicaragua verstehen und die Perspektiven politischer geflüchteten Personen aus ganz Zentralamerika einschließen. Die Veranstaltung findet im [Refugio](#) (Lenastraße 3-4, 12047 Berlin) statt. [Weitere Infos hier.](#)

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

Offiziellen Angaben zufolge stammten 18 von ihnen aus Guatemala, sieben aus El Salvador, sieben aus Venezuela, sechs aus Honduras und einer aus Kolumbien. Die Migrant*innen hatten gegen die unwürdigen Bedingungen in der Zelle demonstriert und Gegenstände in den Zellen entzündet. Die am Tatort anwesenden Beamten ließen sie trotz des Feuers nicht frei. Ein mexikanisches Gericht [hat bisher Haftbefehle gegen sechs Verdächtige erlassen](#). Für weitere Informationen empfehle ich [die neue Folge des Podcasts El Hilo \(auf Spanisch\)](#), die die Geschehnisse und das Klima der Diskriminierung und des Rassismus rekonstruiert, das zu dieser vermeidbaren Tragödie geführt hat.

Journalismus im Exil: Die salvadorianische Digitalzeitung El Faro kündigte im April an, dass sie ihre Verwaltungs- und Rechtsstruktur nach Costa Rica verlegt hat. Das Journalistenteam wird größtenteils in El Salvador bleiben. El Faro hat diesen Schritt angesichts der ständigen Aggressionen durch die Regierung von Nayib Bukele unternommen. In den letzten Jahren waren die Journalisten von El Faro Ziel von Drohungen, juristischen Anschuldigungen, [mehrfachen Untersuchungen des Finanzministeriums](#), physischer Verfolgung und digitaler Spionage.

2. Guatemala

Veranstaltung in Berlin: Am 25. April laden Mitgliedsorganisationen des RT-ZA zur Veranstaltung "Pressefreiheit unter Druck in Guatemala", über die zunehmende Bedrohung, Verfolgung und Kriminalisierung guatemaltekischer Journalist*innen ein. Mit Carlos Ernesto Choc Chub, Journalist des guatemaltekischen Mediums Prensa Comunitaria und Luis Assardo, Freelance Journalist, Forscher aus Guatemala sowie ehemaliger Stipendiat von Reporter ohne Grenzen. Mit Konsekutivübersetzung auf Deutsch und Spanisch. [Weitere Informationen](#).

Weitere Verfolgung der Justiz: Am 16. März wurde Orlando Salvador López, der frühere Leiter der guatemaltekischen Menschenrechtsstaatsanwaltschaft, wegen angeblichen Amtsmissbrauchs und "illegaler Handlungen" verhaftet, da er als Notar tätig war, bevor sein Arbeitsverhältnis mit der Staatsanwaltschaft endete. Unter seiner Leitung verfolgte die

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

menschenrechtsorganisationen wie CEJIL äußerten Sorge über seine Inhaftierung und forderten die Einhaltung eines ordnungsgemäßen Verfahrens und die Gewährleistung der Sicherheit von López während des Prozesses.

Wahl 2023: Im Februar wurde die Wahlbeobachtungsmission von Guatemala (MOE-GT) [ins Leben gerufen](#), ein Zusammenschluss von sieben Organisationen der Zivilgesellschaft, die den diesjährigen Wahlprozess untersuchen werden. [In ihrem zweiten Bericht](#), der am 27. März vorgelegt wurde, warnte sie vor der Justizialisierung (judicialización) der Wahlregistrierung. Außerdem veröffentlichte die MOE-GT [eine Pressemitteilung](#), in der sie erklärt, dass "die erratischen Entscheidungen des Obersten Wahlgerichts dem Wahlprozess irreparablen Schaden zufügen". Damit wird die Tatsache gemeint, dass sie die Kandidatur von Zury Ríos zulässt – die Kandidatur der Tochter von Efraín Ríos Montt ist verfassungsrechtlich verboten – aber die Vizepräsidentenwahlkandidatur von Jordán Rodas von der Movimiento por la Liberación de los Pueblos (MLP) ablehnt.

Gerechtigkeit: Am 6. März befahl das Verfassungsgericht von Guatemala, [dass ein Gericht Alternativen zur Inhaftierung von drei ehemaligen hochrangigen Militärs in Betracht ziehen soll](#): Francisco Luis Gordillo Martínez, Manuel Antonio Callejas Callejas und Manuel Benedicto Lucas García. Die Männer wurden im Fall Molina Theissen wegen Verschwindenlassens, schwerer Vergewaltigung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Als Reaktion darauf veröffentlichten neun internationale Menschenrechtsorganisationen [eine Erklärung](#), in der sie die [Entscheidung des Verfassungsgerichts ablehnen](#). Auch der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) [sprach sich gegen die Entscheidung aus](#) und empfahl dem guatemaltekischen Staat, die Maßnahme zu stoppen.

3. Honduras

Veranstaltung in Kiel: Die Soligruppe Lateinamerika Kiel lädt zum Gespräch „Privatstädte in Honduras: Neuer Manchester-Kapitalismus und widerständige Gemeinden“ am 4. Mai

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

[Kemper ist Soziologe und Autor des Buches „Privatstädte. Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus“.](#)

Online-Veranstaltung: Zwei Mitgliedsorganisationen des RT-ZA und die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) laden zum Online-Gespräch "[Honduras, ein Jahr nach dem Regierungswechsel: Eine Zwischenbilanz](#)" am 3. Mai um 18.30 Uhr ein. Im Gespräch mit zwei bekannten honduranischen Aktivist*innen, Miriam Miranda (OFRANEH) und Bertha Zúniga Cáceres (COPINH) werden wir über ein Jahr der Regierung Castro Bilanz ziehen und von ihren Kämpfen erfahren. Anmeldung: martin@buko.info

Gewalt in Gefängnissen: Am 8. April kam es in vier Gefängnissen in Honduras, darunter zwei Hochsicherheitsgefängnisse, zu [Schießereien zwischen rivalisierenden Gangs](#). Die Vorfälle fanden in den Städten Támara, El Porvenir, Santa Bárbara und Morocelí statt. [Ein Mann starb und sieben weitere wurden verletzt](#). Am Ende des Tages behaupteten die Behörden, sie hätten die Kontrolle über die Gefängnisse wiedererlangt.

Als Reaktion darauf [kündigte Präsidentin Xiomara Castro](#) auf Twitter an, sie werde "[eine harte Hand und Ordnung in die Gefängnisse bringen](#)". Um die Dynamik der Kontrolle zu verstehen, die die Gangs Barrio 18 und Mara Salvatrucha (MS13) in honduranischen Gefängnissen ausüben, empfehle ich [diese von InSight Crime veröffentlichte Reportage](#) (auf Englisch und Spanisch).

Gewalt gegen Aktivisten: Ein weiterer Aktivist aus der Region Bajo Aguán, Emerson Martínez, [wurde am 25. März 2023 ermordet](#). Martínez war der Stiefsohn von Abraham León, Sprecher und Vertreter der Cooperativa Agropecuaria Los Laureles, der gleichen Organisation, der auch Cruz Tomé angehörte, der im Januar dieses Jahres ermordet wurde. Mit seinem Tod wurden in den ersten drei Monaten dieses Jahres in Honduras acht Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger ermordet, sieben davon im Bajo Aguán.

Beziehungen zu China: Mitte März hat Präsidentin Xiomara Castro erklärt, dass [Honduras diplomatische Beziehungen zu China aufnimmt](#). Am 26. März kündigte Außenminister Enrique Reina in einer gemeinsamen Erklärung mit seinem chinesischen Amtskollegen Qin Gang in Peking [die Unterzeichnung eines Kommuniqués an, das die](#)

Sexuelle und reproduktive Gesundheit: Nach mehr als einem Jahrzehnt des Verbots ist die "Pille danach" in Honduras wieder erlaubt. Präsidentin Xiomara Castro unterzeichnete am Internationalen Frauentag ein Dekret, das die Verwendung und Vermarktung der Pille erlaubt. Dies war eines ihrer Wahlkampfversprechen.

4. El Salvador

Ein Jahr Ausnahmezustand: Am 27. März ist es ein Jahr her, als von der salvadorianischen Regierung der Ausnahmezustand verhängt wurde. Offiziellen Angaben zufolge haben Polizei und Armee in dieser Zeit mehr als 65.000 Menschen festgenommen. Ein Bündnis von sechs Menschenrechtsorganisationen behauptet, dass sie mehr als 4.500 Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen – willkürliche Verhaftungen, Missachtung der Verfahrensrechte, Folter in Gefängnissen – erhalten haben. Sie behaupten, dass in diesen 12 Monaten 111 Menschen in den Gefängnissen gestorben sind.

Straflosigkeit: Die US-amerikanische Einwanderungsbehörde ICE (Immigration and Customs Enforcement) hat am 4. April den ehemaligen Armeegeneral Roberto Antonio Garay Saravia wegen mutmaßlicher Beteiligung an außergerichtlichen Tötungen und Einwanderungsbetrug festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, als Angehöriger des Atlacatl-Bataillons an einer Reihe von Massakern beteiligt gewesen zu sein und "direkt in zahlreiche Gräueltaten verwickelt" gewesen zu sein. So etwa in das Massaker von El Mozote im Jahr 1981, bei dem mehr als tausend Zivilisten getötet wurden, die Hälfte davon Kinder.

Sexuelle und reproduktive Rechte: Am 22. und 23. März fand eine historische Anhörung im Fall Beatriz gegen den salvadorianischen Staat statt. Zum ersten Mal musste sich ein Staat vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen des Verbots des freiwilligen Schwangerschaftsabbruchs zum Schutz der Gesundheit und das Leben

und auf ärztlichen Rat hin beim Verfassungsgericht den Abbruch ihrer Schwangerschaft beantragt hatte, was jedoch abgelehnt wurde. Das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs könnte einen Präzedenzfall für andere Fälle des freiwilligen Schwangerschaftsabbruchs in ganz Lateinamerika und insbesondere in El Salvador schaffen, wo Abtreibung seit 1998 in allen Fällen strafbar ist.

Kurzdoku zu Bitcoin: Der Bayerische Rundfunk hat den Filmbeitrag Bitcoineros über die Kryptowährung in El Salvador (und am Atitlán-See in Guatemala) veröffentlicht, mehr als ein Jahr nach ihrer Einführung als gesetzliches Zahlungsmittel. Die Dokumentation zeigt die Perspektive von europäischen und nordamerikanischen Bitcoin-Unternehmern, betont aber auch die Menschenrechtssituation und Ungleichheit im Land sowie den fehlenden Nutzen der Maßnahme für die allgemeine Bevölkerung in diesem Kontext. [Hier zur Dokumentation.](#)

5. Nicaragua

Veranstaltung in Hannover: Am 21. April um 18 Uhr findet im Haus der Jugend in Hannover die Veranstaltung "Nicaragua - 5 Jahre Widerstand: Herausforderungen für Exilierte und die Solidarität" statt. Mit Ernesto Medina (Ex-Rektor der UAM/ UNAN-León, jetzt an der Freien Universität Berlin) und Lladely Aburto (Aktivistin, aktuell im Exil in Costa Rica). [Hier zur Facebook-Seite.](#)

Expertengruppe: Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) hat Anfang April beschlossen, das Mandat der [Expertengruppe für Menschenrechte in Nicaragua \(GHREN\) um zwei Jahre zu verlängern](#). Im März 2023 veröffentlichte die GHREN einen Bericht, der zu dem Schluss kommt, [dass die Regierung Ortega und Murillo weit verbreitete und systematische Menschenrechtsverletzungen begangen hat, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen](#). [Hier](#) finden Sie den Bericht in seiner Originalfassung und [hier](#) eine inoffizielle deutsche Übersetzung.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

11. März überfiel eine Gruppe bewaffneter Angreifer – sogenannte “Colonos” – Wilu, eine Gemeinde im Gebiet der Mayangna Sauni As in der Autonomen Region der nördlichen Karibikküste Nicaraguas. Sie töteten [fünf junge Männer](#) und hinterließen mehrere Verletzte. Die Gruppe [brannte einige Häuser nieder und bedrohte die Bewohner](#).

Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) [berichtet von weiteren Angriffen von “Colonos” in der Region](#): Am 6. März wurden drei Mitglieder der indigenen Gemeinschaft der Musawas angegriffen. Am 10. März wurden drei Personen und zwei Kinder aus der Musawas-Gemeinde von bewaffneten Colonos entführt, während 30 Familien in einer Schule in Musawas Zuflucht gefunden haben.

BCIE: Der demokratische Senator Robert Menendez und sein republikanischer Kollege Michael McCaul richteten am 17. März [ein Schreiben](#) an die Präsidenten von El Salvador, Guatemala, Honduras und Costa Rica, in dem sie diese auffordern, [die Finanzierungen der Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration \(BCIE\) für die nicaraguanische Regierung einzustellen](#). Sie forderten die zentralamerikanischen Regierungen auf, dafür zu sorgen, dass die Kredite ["nicht die Konsolidierung der nicaraguanischen Diktatur fortführen"](#) und Maßnahmen zur Regulierung dieser BCIE-Kredite zu ergreifen, bis die Ortega-Murillo-Diktatur zu Verhandlungen über die Wiederherstellung der Demokratie bereit ist.

Einen Tag zuvor hatte der Präsident der BCIE, Dante Mossi, erklärt, dass es für die Finanzierung des Regimes von Daniel Ortega und Rosario Murillo ["keine Rolle spielt, welche Politik sie verfolgen"](#), wenn das Geld die Bürger mit ihren Grundbedürfnissen erreicht, für die die Projekte bestimmt sind. Bereits im Jahr 2022 [hatte er Sanktionen gegen die Ortega-Regierung als "ungerecht" bezeichnet](#).
